**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
**Band:** 79 (1985)
**Heft:** 2

**Artikel:** 100 Jahre Berliner Konferenz : kein Grund zum Feiern
**Autor:** Mäder, Ueli
**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-143178

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 09.12.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

*Ueli Mäder*

# 100 Jahre Berliner Konferenz
## Kein Grund zum Feiern

Am 27. Februar 1885, einen Tag nach Abschluss der Berliner Konferenz, würdigte die «Neue Zürcher Zeitung» dieses höchst bedeutsame und betrübliche Ereignis als «befriedigendes Werk». Warum? Der nunmehr für das Kongobecken geltende Freihandel verhelfe denjenigen zu Erfolg, die sich durch grössten Unternehmergeist auszeichneten. So lautete die Begründung. Und weiter: «Die liberale Aneignung des Eigentums unzivilisierter Völker soll nicht länger englisches Monopol bleiben.»

«Dieser Vertrag von Berlin hat mich lange gekränkt», schrieb hingegen der 1972 ermordete afrikanische Priester Michel Kayoya in seinem Gedicht «Das Selbstbewusstsein des 'Kolonisierten'». Das Schlimmste sei für Afrikaner die Order gewesen, dieses schreckliche Datum auswendig lernen und estimieren zu müssen:

«Vor unseren unbeweglichen Gesichtern breitete man die Folgen aus: Die Befriedung Afrikas. Die Wohltaten der Zivilisation, den Mut der Forscher, den selbstlosen Humanismus. Aber niemand, absolut niemand wies uns hin auf die Beleidigung, auf die Schmach, die uns überall begleitete. Ein Mensch, einer der dir gleich ist, mischt sich in deine Angelegenheiten, ohne zu fragen. Das ist eine grobe Unhöflichkeit, die jedes empfindsame Herz verwundet.»

### Wettlauf um Afrika

1487 umsegelte der vielgepriesene Bartholomeo Dias das «Kap der guten Hoffnung». Die Portugiesen schalteten sich in den bereits florierenden Küstenhandel ein, gefolgt von Holländern und Briten. Letztere setzten sich am südlichen Zipfel fest. Am oberen Ende des gewaltigen Erdteiles traten die Franzosen ihren Feldzug an, danach auch im Westen (Senegal) und Osten (Madagaskar). «Mutige Forscher» drangen ins Innere Afrikas vor. Stanley im Auftrage von Leopold II. Der belgische König wollte Kolonien, «ganz egal wo». 1876 lud er unter dem Vorwand «rein philanthropischer Absichten» Wissenschaftler und Politiker nach Brüssel ein. Sein erklärtes Ziel: Im «entdeckten» Kongo sollten durch internationale Vereinigung eine Eisenbahn sowie Handelsniederlassungen entstehen, «um dem dunkelsten Kontinent das Licht der Zivilisation zu bringen».

Von belgischem Militär begleitet, rückte Stanley abermals aus. Mit Kongohäuptlingen schloss er Konzessionsverträge ab. Solche hatte aber schon der Franzose DeBrazza in der Hand. Die beunruhigten Portugiesen baten nun Grossbritannien um Schützenhilfe für ihre «historisch begründeten Gebiete» in denselben Breitengraden und boten dafür Handelsrechte an. Das Durcheinander war perfekt. Französische Truppen besetzten noch schnell Guinea.

Kurz vor Torschluss entstand auch ein deutscher Kolonialverein. Am 5. Juli 1884 wurde Togo zum deutschen Protektorat erklärt, neun Tage später die deutsche Reichsflagge in Kamerun gehisst und nach weiteren zwei Wochen das heutige Namibia unter deutschen Reichsschutz gestellt. Den Geheimver-

handlungen mit Frankreich folgte die Einberufung der Berliner Konferenz. Alle interessierten europäischen Mächte beteiligten sich, ebenfalls die USA. Afrikaner waren keine eingeladen.

**Aufteilung der Beute**

Als offizielle Konferenzdelegierte fungierten die jeweiligen Botschafter und Gesandten in Berlin. Beschlossen wurden die Handelsfreiheit im geographisch grosszügig definierten Kongobecken, die freie Schiffahrt auf dem Kongo und dem Niger, die Unzulässigkeit von Einfuhr- und Durchgangszöllen, die Religionsfreiheit (für christliche Konfessionen und den Islam) sowie das Recht, «aus humanitären Gründen gegen die schwarze Bevölkerung zu intervenieren».

Im wesentlichen ging es darum, einen «unabhängigen Kongostaat» international zu lancieren und die privatwirtschaftliche Ausbeutung völkerrechtlich abzusichern. Gebiete für den Freihandel offen zu halten, das war vor allem das Anliegen der USA, welche in Afrika keine Kolonien besassen. Den europäischen Mächten lag zudem daran, «interne» Zwistigkeiten über «externe Einflussbereiche» auszuräumen.

Wie einen Kuchen teilten sie den schwarzen Kontinent unter sich auf, ohne Rücksicht auf traditionelle Strukturen und kulturelle Einheiten. In seltsamer «Eintracht» steckten die fünfzehn Kolonialrivalen auf Einladung des kaiserlichen Deutschlands ihre Gebiete auf dem Reissbrett ab, um sie fortan ungestörter ausplündern zu können. «Teile und herrsche» lautete das Rezept.

**Der Zugriff aufs Innere**

In seiner «Geschichte Schwarzafrikas» (Wuppertal 1979) bezeichnete der afrikanische Historiker Ki-Zerbo die Kongo-Konferenz als Signal zum Sturm auf zuvor eher punktuell besetzte Gebiete. Dank Absprachen über Grenzen und Verantwortlichkeiten konnten sich die europäischen Mächte nun intensiver «ihren» Übersee-Territorien widmen. Sklaven durften keine mehr verschifft werden. Sie wurden im brutal entvölkerten Afrika selbst benötigt, und zwar als Arbeitskräfte auf Bananen-, Baumwoll-, Erdnuss-, Kaffee-, Kakao- und andern Plantagen sowie zum Abbau von Bodenschätzen. Auspressen lässt sich nur eine reife Frucht!

Die Kolonialisten bekämpften den Sklavenexport und hielten sich Diener und Mätressen wie Leibeigene. Mit Peitschenhieben zwangen sie ihre «Schutzbefohlenen» zu Schwerarbeit. Wer nicht spurte, wurde drakonisch bestraft, «erhielt» allenfalls sogar Hände und Füsse abgehackt. Tausende von Afrikanern wurden zur Abschreckung wegen geringfügiger Vergehen hingerichtet. Die Einheimischen mussten ihr Land abgeben, ihren Reichtum ausführen und Kopfsteuer entrichten. Sie wurden in ein «modernes Lohn- und Vermarktungssystem» einbezogen und vom zuvor aufgezwungenen, «unzeitgemässen Dreiecksgeschäft befreit». (Afrika erhielt von Europa Schnaps, lieferte an die USA Sklaven und über dortige Plantagen Baumwolle und Zucker an Europa.) So diente «Antisklaverei» auch als ideologisches Vehikel kolonialer Durchdringung, die höhere Gewinne versprach. Bismarck war freundlich genug, dies offen zuzugeben. Arbeitskräfte waren gefragt.

Den Nutzen Kameruns beschrieb Hans Dominik, Befehlshaber der deutschen Kolonialtruppe, wie folgt: «Kamerun ist bereits durch seine natürlichen Schätze an Elfenbein, Gummi, Ölfrüchten und edlen Hölzern im Waldgebiet, an Gross- und Kleinvieh in den Steppen ein reiches Land; aber diese Reichtümer werden erst voll zur Geltung kommen, wenn durch Eisenbahnen die allgemeine Erschliessung ermöglicht wird. Und neben diesen natürlichen Schätzen werden dann auch die Massenerzeugnisse einer grosszügigen Bewirtschaftung auf dem Weltmarkt erscheinen: Baumwolle und Mais, Edeltabak, Reis und zahlreiche an-

dere. Herrliche, fruchtbare Länder harren hier der Arbeit.»

**Mit Bibel und Flinte**

Die Peiniger predigten «christliche Nächstenliebe». Andersgläubige verfolgten sie mit Feuer und Schwert. Schlechthin ist Kirchen und Missionen dieser Missbrauch nicht anzulasten. Dass über deutschen Schulen in Afrika zuweilen die Inschrift ragte: «Gottesfurcht ist der Weisheit Anfang», entlockte selbst eifrigsten Heilsverkündern nicht eitel Freude. Aber hie und da taten sich Geistliche durch zwiespältige Zubringerdienste hervor.

Engste Beziehungen unterhielten die Basler Mission mit der Basler Handelsgesellschaft in Kamerun sowie die Norddeutsche Mission mit der Bremer Kaufmannsfamilie Vietor, welche 1857 den Togohandel eröffnet hatte. Einer der bekanntesten von ihnen war der Pastorensohn J.K. Vietor. Er gründete ein eigenes Exportunternehmen, an der westafrikanischen Küste «fromme Firma» genannt, und galt, wie die Norddeutsche Mission auch, als «progressive Stimme innerhalb des Koloniallagers».

Vietor war nicht nur Kaufmann. Er wirkte auch als Diakon an der Bremer Hauptkirche, war Vorsitzender des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes, Vorstandsmitglied der Norddeutschen Missionsgesellschaft, des Vereines für innere Mission, der Deutschen Kolonialgesellschaft sowie der Christlich-Sozialen Partei. Zudem präsidierte er die Bremer Handelskammer. Geschäft und Missionierung lagen ihm gleichsam am Herzen. «Deshalb bin ich felsenfest überzeugt», so Vietor, «dass es unbedingt notwendig ist, dass wir unseren Kolonialvölkern zugleich mit den unzweifelhaften, materiellen Vorteilen auch unser Christentum bringen, um sie auf die Dauer zu heben und wirklich glücklich zu machen.» Gewiss, Vietor gehörte nicht zum Kolonialherrenschlag à la Truppenführer Hans Dominik, welcher, mit der Flinte in der Hand, «nicht rechts geschaut, nicht links geschaut, auf Gott vertraut und durch», ebenfalls gerne die heilige Schrift zitierte. Aber das «Recht und die Pflicht» der Kolonisation anerkannte Vietor, im Gegensatz etwa zu radikalen Sozialisten.

Ein Kind derselben Zeit war August Bebel. Anlässlich der Reichstagsdebatte vom 26. Januar 1889 erklärte er: «Im Grunde genommen ist das Wesen aller Kolonialpolitik die Ausbeutung einer fremden Bevölkerung in der höchsten Potenz.» Solch unmissverständliche Stellungnahmen sind leider seitens ranghoher Kirchen- und Missionsvertreter von damals nicht bekannt.

«Das Beispiel Kameruns zeigt bestens, wie westliche Missionare die Vorläufer der Kolonialisten waren», schreibt Al Imfeld in seinem Nachwort zum lesenswerten, in Frankreich beschlagnahmten Roman von Mongo Beti «Der arme Christ von Bomba» (Peter Hammer Verlag). Und er zitiert den deutschen Missionar Frazer: «Dass ein solcher Wandel vor sich gegangen ist, verdankt man dem Zusammenwirken der Regierung, deren Beamte scharf aufpassen und streng sind, und der Mission, die auf eine Umwandlung der Gesinnung bei den Eingeborenen hinarbeitet.» Das bestätigt auch der «evangelische Heidenbote», eine (1905) sehr populäre Missionszeitschrift: «Dankt dem lieben Gott, dass ihr nicht auch Heiden seid; denn ich kann euch versichern, dass diese Kamerunerknaben trotz ihrer Freiheit Sklaven der Sünde sind.»

**Widerstand**

An den «allerdurchlauchtesten allergnädigsten deutschen Reichstag» wandten sich am 19. Juni 1905 «King Akwa von Bonambela» und 27 «Häuptlinge» von Kamerun. Sie listeten eine Reihe von Verschulden seitens deutscher Gouvernementsbeamten auf. So gehe etwa in Konflikten beim Grundstückwechsel von Afrikanern auf Europäer der gerichtlich

festgelegte Erlös direkt an die von der Basler Mission geführte Bezirksamtskasse, und der bisherige Verfüger (nicht Eigentümer) über den im traditionellen Afrika gemeinschaftlichen Bodenbesitz erhalte lediglich einen Drittel des ihm zustehenden, ohnehin äusserst gering veranschlagten Betrages. Im Schreiben der daraufhin inhaftierten «Unruhestifter» heisst es weiter: «Trotz mehrmaligen Bitten, die schreckliche Gewohnheit zu lassen, werden wir für ein jedes geringe Vergehen mittels einer Seekuhpeitsche oder eines dicken, in Kohlenteer eingetauchten und im scharfen Sande umgewühlten und steifgetrockneten Taus ohne Rücksicht auf Person ausgepeitscht, öfters mit 75 Hieben.»

Brutal niedergeschlagen wurde in Ostafrika der 1905 ausgebrochene Maji-Maji-Aufstand, der sich, wie Klaus J. Bade in «Die deutsche Kolonialexpansion in Afrika» schreibt, «nicht nur gegen die Repräsentanten der Kolonialherrschaft einschliesslich der Missionare, sondern in seinen vielfältigen Frontstellungen auch gegen indische, arabische und afrikanische Händler und Geldverdiener richtete und deutliche Züge eines sowohl antikolonialistischen als auch sozialrevolutionären Befreiungsversuchs trug».

«Eine erste scharfe Feuerprobe hat unsere Njassamission gut bestanden», schrieb Missionsinspektor Axenfeld. Und später: «Gott war mit uns.» Den Missionaren sei es nämlich gelungen, mit der Waffe in der Hand mehrere Gemeinden zur Treue (gegenüber Deutschland) «zu bestimmen». «So wurde unser Missionsgebiet der Damm, an dem sich hier der Aufstand brach, bis die (zuvor andersweitig mit Strafexpeditionen beschäftigte) Schutztruppe wieder freie Hand hatte.»

Der erste Reichskommissar für Deutsch-Südwestafrika war Göring, der Vater des späteren Generalfeldmarschalls. Die von ihm mitbetriebene «systematische Menschenvernichtung in deutschen Kolonien» bezeichnet Konkret-Redaktor Wolfgang Pohrt als «Generalprobe für die Vernichtungspolitik der Nazis». Fest steht: 1904 wurde General Lothar von Trotta mit der Züchtigung der Hereros beauftragt. Der «Metzgerknecht» (Bebel) hatte sich schon «grosse Verdienste» bei der Niederschlagung des Boxeraufstandes in China erworben. Sein Motto lautete: «Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht.» In Afrika erliess Trotta den berüchtigten Schiessbefehl, der den Hereros keine Kapitulation gestattete, sondern sie vor die Wahl stellte, erschossen zu werden oder in der Wüste an Durst und Hunger zu verenden: «Innerhalb der deutschen Grenzen wird jeder Herero mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh, erschossen. Ich nehme keine Weiber und Kinder auf. Ich glaube, dass die Nation als solche vernichtet werden muss. Sie müssen jetzt im Sandfeld (Omaheke) untergehen. Dieser Aufstand ist und bleibt der Anfang eines Rassenkampfes.» So wurden innerhalb eines Jahres über 50'000 Hereros ermordet. Und, wen wundert's: «Der Widerstand legte sich wie von selbst.»

**Vergangenheit bewältigen**

Ob die immensen militärischen Kosten und wirtschaftlichen Investitionen während der Kolonialisation nicht grösser waren als der herausgepresste und abgerahmte Nutzen? Die Diskussion dieser Frage – sie war schon zu Bismarcks Zeiten aktuell – erfährt in unseren Tagen eine Neuauflage. Unter den Tisch gerät zuweilen die notwendige Unterscheidung zwischen staatlichen Anstrengungen und (erheblichen) privaten Gewinnen. Ebenso einer der politischen Hauptgründe: die innereuropäischen Konflikte. Durch allseitige Expansion hätten diese auf dem Buckel der Dritten Welt gelöst werden sollen. Aber, so interessant die erwähnte Debatte sein mag, wir wollen sie hier nicht weiterführen. Wichtiger ist eine Erörterung der Folgen für die unfreiwillig Beherrschten. Vor allem jetzt, wo wie-

derum öfters das «Argument» auftaucht: «Während der Kolonialzeit ging's diesen armen Teufeln doch besser als heute!»

Nun, rund 75 Millionen Afrikaner starben bis Mitte des 19. Jahrhunderts bei der Verschleppung, bei der Überfahrt oder unter Peitschenhieben auf amerikanischen Plantagen. Die Schiffe segelten unter den Flaggen «christlicher Länder». Und mit der Abschaffung des Sklavenexportes wurde alles anders? Nein, sagt der Zürcher Historiker Albert Wirz mit Fug und Recht. Sie beschleunigte sogar die weitere Ausbeutung auf dem afrikanischen Kontinent, wo die Forcierung der Exportwirtschaft ein grosses Arbeitskräftepotential erforderte.

Auf den besten Böden mussten die Afrikaner Ausfuhrprodukte anpflanzen. Fatale Folge hievon war die Zerstörung der traditionellen Selbstversorgung. Jedenfalls verschlimmerte sich «dank der modernen Landwirtschaft» die Ernährungsgrundlage zahlloser Einheimischer. Zudem versiegte vielerorts der interne Handel mit Textilien, Metallen, Salz und handwerklichen Gegenständen. Dafür gelangte europäischer Ramsch auf den Markt: Waffen, Alkoholika, Plastiksandalen und andere industriell gefertigte Produkte, welche das lokale Kleingewerbe gefährdeten.

Als verheerendstes Erbe des Kolonialismus nannte der 1976 ermordete guayanische Historiker Walter Rodney in seiner «Geschichte einer Unterentwicklung» das Auseinanderbröckeln der sozialen Solidarität beziehungsweise das «Erpichtsein» auf persönliche Vorteile, bedingt durch Erziehung zu kapitalistischem Individualismus. Geschürt wurden ethnische und nationalstaatliche Zwistigkeiten: zum einen durch die willkürliche Festlegung von Grenzen, zum andern durch das Ausrichten der Völker auf verschiedene fremde Mächte. Während dem Zweiten Weltkrieg mussten Afrikaner für Europa und deshalb gegeneinander kämpfen.

In recht unterschiedlicher Manier klammerten sich im Gefolge dieser Wirren die arg zerzausten «Mutterländer» an ihre Überseeterritorien. Im Gegensatz etwa zu England glaubte das wirtschaftlich besonders schwache Portugal im innerkapitalistischen Konkurrenzkampf nur mit Kolonien bestehen zu können. An ihnen hielt es bis zum bitteren Ende fest.

In einem Zeitungsbericht über die Kapverden heisst es: «Das erste bleibende Grün auf diesen Inseln erschien mit der portugiesischen Flagge. Doch die hinterlassenen Ressourcen Portugals sind nunmehr aufgebraucht.» In Tat und Wahrheit wurde die Inselvegetation jedoch vornehmlich durch die Kolonialherren zerstört. Der Bau von Sklavenschiffen verzehrte erhebliche Holzbestände. Hinterlassen haben die Portugiesen Armut, Hunger und eine in ihrer kulturellen Identität ruinierte Bevölkerung. Ein komplettes Chaos hinterliessen auch die Belgier im Kongo.

So haben auch die aktuellen Hungertragödien und (Grenz-)Konflikte in Afrika ihre Vorgeschichte. Zwar ist es müssig und wenig ergiebig, für heutige Missgeschicke immer wieder die Vergangenheit zu bemühen. Bloss, die schädlichen Auswirkungen europäischer Eingriffe lassen sich kaum zu hoch veranschlagen. Sie wurden oft genug beschönigt. Und da ist das hundertjährige «Jubiläum» der Berliner Konferenz schon ein passender Augenblick, das sich abzeichnende kollektive Vergessen ein wenig zu stören, zumindest auf europäischer Seite. Ebenso wichtig ist, dass in Afrika hervorragende und selbstkritische Politiker wie Julius Nyerere nach selbstverschuldeten Ursachen der Armut fragen und versuchen, eigene Fehler zu korrigieren.

■